

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1899**

64 (16.3.1899) Parlaments-Ausgabe

Angabe:  
Abonnent. zwölf mal  
Monatspreis:  
vierteljährlich:  
in Karlsruhe durch  
eine Agenturbezogen:  
2 Mark 50 Pf., in  
das Haus gebracht:  
2 Mark 80 Pf., durch  
die Post ohne Zustell-  
gebühr 2 Mark 50 Pf.  
Vorauszahlung.

# Badische Landeszeitung

Angabe:  
Die 11paltige Ro-  
nelze ober dem  
Raum für 20 La-  
Inferate 15 Pf., für  
auswärtige Zu-  
ferate 20 Pf., im  
Kellern 60 Pf.  
Bei größeren Auf-  
trägen entsprechendem  
Rabatt.

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Parlamentarische Ausgabe.

Karlsruhe, den 16. März 1899.

## Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

### Deutscher Reichstag.

56. Sitzung vom 14. März.  
Haus und Tribünen sind stark besetzt. Im Hause herrscht leb-  
hafte Bewegung.

1 Uhr. Am Bundesratsitz: v. Götter, Graf Borsadowitzky  
u. A. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der  
Militärvorlage.

Es handelt sich bei dieser bekanntlich im Wesentlichen um eine  
anderweitige Organisation der Artillerie, um eine Vermeidung der  
Kavallerie und um eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke. Die  
Kommission hat in ihrer zweiten entscheidenden Sitzung am 10.  
Februar d. J. einen Bericht von 7006 Mann gemacht, indem  
sie anstatt der geforderten 502 506 nur 495 500 Mann be-  
willigte.

Die Beratung beginnt beim § 1. Der erste bestimmt:  
„Der Artikel I des Gesetzes, betreffend die Friedenspräsenz-  
stärke des deutschen Heeres, vom 3. August 1893 bleibt mit den  
durch das Gesetz vom 28. Juli 1896 bestimmten Veränderungen  
bis zum 30. September 1899 in Kraft.“

Der Vortrag wird ohne Debatte mit großer Majorität an-  
genommen, nur die freisinnige Volkspartei, die deutsche Volk-  
partei und die Sozialdemokraten stimmen dagegen.

§ 2 lautet nach dem Kommissionsbericht folgende Fassung:  
„Vom 1. Oktober 1899 ab wird die Friedenspräsenzstärke des  
deutschen Heeres als Jahresdurchschnittswert allmählich herab-  
geführt, bis sie im Laufe des Rechnungsjahres 1903 (statt 1902 in  
der Regierungsvorlage) die Zahl von 495 500 Gemeinen, Ge-  
freiten und Dergleichen (statt 502 506 in der Regierungsvor-  
lage) erreicht und in dieser Höhe bis zum 31. März 1904  
bestehen bleibt. An der Friedenspräsenzstärke sind die Bundes-  
staaten mit eigener Militärverwaltung nach Maßgabe der Be-  
weiserziffer befreit. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf  
die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung. In offenen  
Unteroffiziersstellen dürfen Gemeine nicht verplant werden.“

Referent **Abg. Bismarck** (M.): Der § 2 legt die Stärke der  
Friedenspräsenzstärke fest, es wird daher sich wohl nicht vermeiden  
lassen, bei diesem Paragraphen eine Generalklausel abzuhaken. Die  
Regierungsvorlage schlägt in diesem § 2 eine Friedenspräsenzstärke  
von 502 506 Mann vor, es wird also eine Erhöhung der Friedens-  
präsenzstärke von 23 277 Gemeinen gefordert. Die Frage, ob das  
hierzüchtige Material aus vorhandenem sei, wurde  
von der Regierung bejaht, es wurde mitgeteilt, daß  
dann sogar noch ein Ueberschuß vorhanden sein werde.  
Die Kommission hat jedoch eine Friedenspräsenzstärke von  
495 500 Mann bewilligt, also einen Abzug von 7006 Mann ge-  
macht. Dies ist die wesentliche Abänderung, die die Kommission  
an der Regierungsvorlage vorgenommen hat. Die weiteren Ab-  
änderungen des Referenten werden bei der großen Anzahl des Hauses  
immer unverständlich.

**Präsident Graf v. Helldorf**: Bei der erweislich starken Be-  
setzung des Hauses bitte ich Sie, sich einer größeren Ruhe wie ge-  
wöhnlich zu bedienen. (Große Heiterkeit.)

**Beichtatter Wasserbauer** (sozialdemokratisch), erläutert sodann  
die Wortstellung, die aus der neuen Organisation der Artillerie,  
die Einzelheiten bleiben jedoch bei der erweislich starken Besetzung  
ebenfalls unverständlich.

**Präsident Graf v. Helldorf** bittet nochmals um Ruhe und  
bemerkt: Ich glaube wir sind es dem Herrn Beichtatter schuldig,  
daß er seinen längeren Vortrag ohne allzu große Aufregung  
halten kann.

**Beichtatter Wasserbauer** theilt dann mit, daß die Kom-  
mission der Neuorganisation der Artillerie zugestimmt habe,  
und erläutert die Bedeutung der übrigen Reformen der Vorlage  
und geht schließlich auf die beabsichtigte Vermeidung der Infanterie  
über. (Während dieser Rede ist der Reichstagspräsident zur Höhe-  
tribüne im Saale erschienen.) Es handle sich hier besonders um eine  
Verstärkung der Grenzregimenten von 639 auf 660 Mann und um  
eine Vermehrung der Zahl der Bataillone mit höherer Ziffer um 28.  
Nachdem Referent noch die von der Kommission beschlossenen Resolu-  
tionen kurz besprochen hat, bittet er die Kavallerieverstärkung  
und schließlich seine Ausführungen mit der Bemerkung, daß er als  
Referent des Hauses um Annahme der Regierungsvorlage bitten  
müsse.

**Präsident Graf v. Helldorf**: Von dem Grafen Bismarck  
Bechten und Gen. ist der Antrag eingegangen und von mehr als  
50 Mitgliedern unterstützt, über die Zahlen des Art. 2 namentlich  
abzustimmen. Da der § 2 der wichtigste Paragraph der ganzen  
Vorlage ist, und da er außerdem in gewisser Beziehung zu jedem  
anderen Paragraphen der Vorlage steht, und es bei der Diskussion  
schwer ist, nicht auch andere Paragraphen zu berühren, so werde ich  
bei diesem Paragraphen die weitestgehende Freiheit walten lassen. Ich  
hoffe aber, daß kann die Herren Redner sich bei den anderen  
Paragraphen nach Möglichkeit enthalten werden.

**Kriegsminister v. Götter**: Bei der ersten Beratung der  
Vorlage habe ich der Erwartung Ausdruck gegeben, daß es gelingen  
würde, eine Einigung über diese Vorlage in der Kommission zu er-  
zielen. Ich ging davon aus, daß die Arme ein einziges Element  
für alle Parteien sein muß und daß da, wo es die Verteidigung  
des Vaterlandes gilt, parteipolitische Interessen nicht in Frage  
kommen können. Ich glaube, daß ich mich damit im Einklang  
befinde mit allen maßgebenden Parteien.

Die Beschlüsse der Kommission haben nun zum großen Teil  
zu einem ersten Resultat geführt. Es ist anerkannt worden,  
daß die Herabsetzung auf richtigen Grundrissen beruht und  
einem hauptsächlich vorhandenen Bedürfnis entspricht. Dem zufolge  
sind auch alle Formationen, die gefordert wurden, bewilligt  
worden. Aber es sind auch Veränderungen an der Vor-  
lage vorgenommen worden, Änderungen, die ich in zwei  
Theile zerlegen, in wesentliche und in weniger wichtige.  
Zu den letzteren, den weniger wichtigen, rechne ich 1) daß der Ab-  
zug der Herabsetzung nicht im Jahre 1902, wie es die Vor-  
lage vorschlägt, sondern im Jahre 1903 erreicht werden soll. Ich  
habe bereits in der Kommission der Voraussetzung Ausdruck ge-  
geben, daß selbstverständlich alle Reformen im Jahre 1902  
abgeschlossen sein müssen und daß es sich im Jahre 1903 nur um  
die Verteilung des Restes an Mannschaften an die einzelnen  
Waffenstellungen handeln könnte. So haben wir auch bisher stets  
verfahren; denn die Militärverwaltung muß eine gewisse  
Regelmäßigkeit an Mannschaften haben, um plötzlich auftretende Bedürf-  
nisse decken zu können; sonst müßte man den Status der Truppen  
permanent ändern. Prinzipielle Bedenken habe ich gegen den  
Beschluss also hier nicht. Dann hat man an der Kavallerie die  
Veränderung vorgenommen, daß man die Jäger zu Pferde von der  
eigentlichen Kavallerie ausgegliedert hat. Einen militärischen  
Grund hierfür kann ich nicht finden; die Jäger zu Pferde sind  
stets Kavallerietruppen gewesen, und ich kann Sie jedenfalls  
nur dringend bitten, hier die Fassung der Regierungsvorlage wieder  
herzustellen. Drittens ist im Gesetz ausdrücklich betont, daß die  
Verteilung der Mannschaften vom Reichstag bei den jährlichen  
Etatberatungen festgesetzt wird. Eigentlich ist das selbstverständ-

lich; denn wir haben bisher stets in dieser Weise verfahren. Ich  
glaube daher, daß dieser Zusatz an sich überflüssig ist; nach den  
Darlegungen in der Kommission kann ich nicht annehmen, daß es  
sich hier um eine Beschränkung der Kommandogewalt handeln soll.  
Somit habe ich mich dagegen auf das Entschiedenste verhalten.  
Hiermit habe ich im Allgemeinen diejenigen Veränderungen ange-  
zeigt, die ich für weniger wichtig halte, und komme jetzt zu den  
Veränderungen, die entscheidender Natur sind.

Die Kommission hat bekanntlich die geforderte Präsenzstärke  
um 7006 Mann verringert. In der Vorlage hat man vielfach der  
Regierung Ausdruck gegeben, daß ich meinerseits sofort diese Herab-  
setzung als unannehmbar hätte bezeichnen sollen. Dann wäre  
die Situation von vorne herein klar gewesen. Diese Ansicht  
hätte ich für vollständig falsch. Kein Bevollmächtigter  
zum Bundesrat hat das Recht, einen Antrag als unannehmbar oder  
unannehmbar zu bezeichnen, so lange nicht ein Bundesratsbeschluss  
vorliegt. In dieser Hinsicht kann mir also ein Vorwurf nicht ge-  
macht werden. Ich habe mich in der Kommission darauf be-  
schränkt, kurz und bestimmt zu erklären, daß ich für meine  
Partei an der Regierungsvorlage festhalte. Dazu kommt noch,  
daß man bei denjenigen Veränderungen nicht immer sofort die  
Konsequenzen ziehen kann. Um das zu können,  
müssen erst eingehende Berechnungen angestellt werden. Diese Be-  
rechnungen sind jetzt angestellt und ich kann daher jetzt bestimmte  
Erklärungen zu der Frage machen. Die Zahlen, die von Ihrer  
Kommission vorgeschlagen sind, bilden eine Durchschnittsziffer, ein  
Pauschquantum und es ist dem obersten Kriegsherrn überlassen, aus  
dieser Summe die Stärke der einzelnen Formationen festzusetzen. Das  
ist an sich nichts Neues, und ich will auch das Prinzip nicht aufheben.  
Es fragt sich nur, ob diese Pauschsumme genügt, um allen mili-  
tärlichen Zwecken zu dienen und um es zu ermöglichen, daß die  
Truppen ihre Aufgaben erfüllen können. Ich muß es jedoch nun  
verneinen, daß die Ziffer, die Ihre Kommission vorgeschlagen hat,  
ausreichend ist, weshalb ich dies die Infanterie. Als wir im  
Jahre 1893 die veraltete Dienstzeit einführen, da sollte die Stärke  
der einzelnen Bataillone auf 600 Mann festgesetzt werden, und  
die der Bataillone mit höherem Etat auf 660 Mann.

Nachdem wurde der Grundlag aufgestellt, der zweite Jahrgang  
müßte annehmbar so stark sein wie die früheren schwächeren Jahrgänge.  
Das ist auch wohl richtig, 1896 trat aber aus  
militärischen Gründen die Notwendigkeit an uns heran, neue  
Truppenteile zu formieren, speziell für die Grenzregimente, und  
hierzüchtige die 4. Bataillone voranzutreiben. Es zeigte sich die Not-  
wendigkeit, die Infanteriebataillone zu ändern, um für die neuen  
Truppenteile eine solide Grundlage zu schaffen. Mein Amtsvor-  
gänger glaubte, es würde genügen, den Etat der Bataillone um  
20 Mann zu erhöhen, d. h. von 600 auf 620 festzusetzen. Diese  
Annahme hat sich nicht als zutreffend erwiesen. Ferner  
gibt es hier eine spezielle Schilderung der Veränderungen,  
die die Stärke der Bataillone von 1893 an ersehen  
läßt und führt dann fort: Nach der Regierungsvorlage  
sind 560 Mann zu bringen, und die Bataillone in den Grenzregimenten  
auf 660 Mann. Wenn wir die zweijährige Dienstzeit einführen  
wollen, so ist eine entsprechende Stärke der Bataillone die vor-  
zuziehende. Nach dem Etat von 7006 Mann könnte ich  
die Grenzregimente nicht auf 660, sondern nur von 639 auf  
640 Mann und nur 10-12 andere Bataillone dazu  
von 573 bzw. 501 Mann auf 640 bringen. Die  
Stärke der Bataillone, welche jetzt 573 und 501 Mann  
haben, würden dann nur 570 Mann betragen können.

Aber selbst diese Zahlen könnte man nur erreichen, wenn man auf  
einen Teil der Mannschaften aus anderen Truppengattungen  
zurückgreift, die bisher verfügbar gehalten wurden. Durch die zu  
niedrige Stärke der Bataillone wird aber nicht nur die Verwen-  
dungsfähigkeit der Bataillone wesentlich beeinträchtigt, sondern es  
treten auch sonst noch Gefahren auf. So erhält das württembergische  
Regiment überhaupt keine Verstärkung, sondern es vermindert  
sich, es liegt also hier eine direkte Schädigung der württem-  
bergischen Truppenteile vor. Ich gehe nun von der  
Ansicht aus, daß es dem Reichstagen selbstverständlich nicht  
möglich gewesen ist, die Konsequenzen zu übersehen und daß es  
keinerwegs ihre Pflicht war, die Truppen zu schwächen. Ich möchte  
daher annehmen, daß es nach der Erklärung, wie ich sie jetzt  
gegeben habe, möglich sein wird, die Regierungsvorlage wieder  
herzustellen. Denn das ist die richtige Zahl, die nötig ist, um  
die Verwendungsfähigkeit der Bataillone in der Armee festzu-  
stellen.

Sch würde nicht in der Lage sein, bei den  
verbündeten Regierungen es zu verantworten, daß eine geringere  
Zahl als die Regierungsvorlage in die Vorlage eingefügt wurde;  
jedoch wird die Militärverwaltung auf den Stande sein,  
für 5 Jahre mit diesen Ziffern zu rechnen. Ich möchte daher  
nochmals dringend bitten, die Regierungsvorlage wieder  
herzustellen und glaube an den Patriotismus des hohen Hauses  
appellieren zu können. Denn es ist ja doch der Zweck der Vorlage,  
die Vertheidigung der Armee festzustellen. (Lebhafter Beifall rechts  
und bei den National-Liberalen.)

**Abg. Dr. Sattler** (M.): Es wird nicht meine Aufgabe sein,  
mit längeren Ausführungen mich über die Einzelheiten der Vorlage  
zu verbreiten. Ich will nur kurz den Standpunkt meiner Freunde  
zu den Beschlüssen der Kommission darlegen. Ich kann voraus-  
schicken, daß wir uns noch in der zweiten Lesung befinden, damit  
noch für die Ansichten, welche bisher noch nicht mit einander in  
Einklang gebracht sind, eine Zeit der Überlegung, welche zu dem  
erwünschten Ausgleich führen kann, vorhanden ist. Wir unterseits  
werden in der zweiten Lesung naturgemäß Stellung gegenüber den  
Vorschlägen der Kommission nehmen, erklären aber, daß unsere  
endgültige Stellung erst bei der dritten Lesung kundgegeben  
werden kann.

Die Kommission ist ja nun in weitem Umfange auch über die  
technischen Fragen mit der Kriegsverwaltung und den verbündeten  
Regierungen zu einer Einigung gelangt, aber in einem  
sehr wichtigen Punkte ist diese Einigung nicht erfolgt.  
Es ist durch die Herabsetzung der Friedenspräsenzstärke vor  
allen Dingen die von uns bereits in der ersten Lesung  
als notwendig anerkannte Erhöhung des Friedensetats der  
Bataillone nicht in dem Umfange zu erreichen, wie wir sie in  
Uebereinstimmung mit dem Kriegsminister für notwendig halten.  
Die Kommission hat gewiß in guter Absicht geglaubt, einen  
Abbruch machen zu sollen. Wir sind aber der Meinung,  
daß die Frage, ob 502 506 oder 495 500 Mann mehr bewilligt  
werden sollen, eine Frage ist, die vor allen Dingen von technisch-  
militärischen Standpunkten aus beurteilt werden muß. (Sehr  
richtig!) Wir glauben nicht, daß der Reichstag in der Lage ist,  
seinerseits zu bestimmen: 7006 Mann sind nicht nötig; sondern  
wir glauben, das einzig sachgemäße Urteil kann nur von der  
Kriegsverwaltung gefällt werden. (Lachen bei den Soz., links.)  
Sehr richtig: rechts und bei den Nat.-Lib.) So, meine Herren,  
wenn Sie die Meinung haben sollten, der Kriegsverwaltung  
und den verbündeten Regierungen in die Verantwortung  
eingreifen, so müssen Sie ihr aber auch die Verantwortung für  
die Frage abnehmen, ob diese oder jene Ziffer genügend ist. (Lachen  
bei den Sozialdemokraten.) Wir haben diese Kühnheit nicht; wir  
meinen, daß das in der That nur die verantwortliche Stelle zu

tragen hat, die sagen kann, so und so viel ist notwendig. (Sehr  
richtig!) Wir wollen uns deshalb nicht dazu hergeben, dem  
verbündeten Regierungen und der Kriegsverwaltung die Ver-  
antwortung für die Frage abzunehmen, ob sie in der  
That für die genügende Verstärkung der Armee geforgt hat,  
wie es erforderlich ist zum Schutze unseres Vaterlandes und unserer  
Machtstellung. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Wir werden deshalb bei der zweiten Lesung für die Re-  
gierungsvorlage eintreten und für die unveränderte Bewilligung  
der 502 506 Mann. Wir werden uns gegen die Beschlüsse der  
Kommission erklären, weil und nicht nachgewiesen ist und von  
Seiten der verantwortlichen Persönlichkeit bestritten wird,  
daß die von der Kommission angenommene Summe an  
Mannschaften hinreichend sein werde, um die Aufgaben  
zu erfüllen, die das deutsche Heer zu erfüllen hat. Wir würden  
aber bereit sein, falls der Kriegsminister erklärt, wir würden auch  
mit dieser Mannschafsumme auskommen — (Lachen bei den  
Sozialdemokraten.) Meine Herren, ich habe gar nichts dagegen,  
daß Sie Ihrem Vergnügen Ausdruck geben; aber auf mich macht  
das absolut keinen Eindruck. Ich meine, wir sollen der Regierung  
nicht die Verantwortung für diese Frage abnehmen. (Sehr richtig!)  
Ich glaube in der That, sowohl die Regierungen wie die Parteien  
des Hauses sind sich klar darüber, daß sie mit der Stellungnahme  
zu dieser Frage eine große Verantwortung auf sich nehmen.  
(Sehr richtig!)

Wir haben den Wunsch, daß gerade im Gefolge dieser großen  
Verantwortlichkeit der Versuch gemacht wird, bis zur dritten Lesung  
noch zu einer Verständigung zu kommen. Wir werden gern bereit  
sein, dabei mitzuwirken, daß über eine Vorlage, über deren Not-  
wendigkeit bei der weitüberwiegenden Mehrheit des Hauses kein  
Zweifel besteht, nicht ein Zwispalt zwischen dem Reichstag und den  
verbündeten Regierungen ausbricht, der auch schwere politische  
Folgen haben kann. Wir behalten uns also unsere Stellungnahme  
zur dritten Lesung vor, werden aber für die Regierungsvorlage  
gegen die Kommissionsbeschlüsse in diesem Stadium der Verhand-  
lungen eintreten. (Lebhafter Beifall bei den N.-L. und rechts.)

**Abg. Dr. von Rebeckow** (Kons.): Meine Freunde sind bereit,  
für die Erhaltung des Friedens alles zu thun, was in unseren  
Kräften steht, soweit das Volk nur irgendwie die Waffen tragen  
kann. Allerdings sind für die Wahrung des Friedens große Opfer  
erforderlich, aber diese Opfer stehen in gar keinem Verhältnis zu  
den Kalamitäten, die ein unglücklich verlaufener Krieg  
bringen kann. Die Bedenken meiner Freunde gegen die Vorlage,  
die ich in der ersten Lesung vorgebracht habe, sind jetzt der Haupt-  
sache nach so gehoben oder doch so vermindert, daß wir aber sie  
hinweglassen können. Für die Abstimmung dürfen Beweggründe  
außerhalb der Vorlage nicht maßgebend sein, sondern nur die Rich-  
tigkeit darauf, was den notwendigen Anforderungen entspricht.  
Tuch den von der Kommission vorgenommenen Abzug von  
7006 Mann würde entweder gebindert werden, die Grenz-  
bataillone auf eine solche Stärke zu bringen, daß sie  
immer ein vedettes sind, oder aber man würde darauf verzichten  
müssen, die zu schwachen Bataillone auf eine höhere Stärke zu  
bringen. Diese Verminderung um 7006 Mann würde auch den  
ganzen Organisationsplan sehr erheblich beeinträchtigen und in  
gewissen Sinne sogar umwerfen. Die Summe von 2 Millionen,  
die die Forderung der Regierung mehr kosten würde, ist doch nur  
eine Lappalie.

Die Verbesserung unseres Heerwesens, wie es die Regierungsvor-  
lage vorschlägt, ist eine so wesentliche, daß wir nicht davon  
müssen können, und wir sind deshalb entschlossen, für die Wieder-  
herstellung der Regierungsvorlage zu stimmen. Darauf, ob  
die Neuorganisation 1902 oder 1903 durchgeführt sein muß, legen  
wir kein Gewicht. Sollte die Regierungsvorlage abgelehnt werden,  
so habe ich Namens meiner Freunde zu erklären, daß wir dann  
nicht in der Lage sind, uns auf die Kommissionsvorlage zurück-  
zugeben. In rein militärischen Fragen können wir die Ver-  
antwortung nicht auf uns nehmen, sondern wir müssen sie der  
Heeresverwaltung überlassen, denn ich lege ganz offen: Von diesen  
rein technischen Fragen verstehen wir alle nichts. (Heiterkeit.) Die  
Frage, wie stark die Armee sein muß, wenn sie ihren Zweck erfüllen  
soll, kann nur derjenige beantworten, der der Sache ganz nahe  
steht. Ich erinnere daran, daß es ja auch für uns noch schwerer  
ist als für die Kriegsverwaltung, über die zweijährige Dienstzeit  
zu einem abschließenden Urteil zu gelangen. Wenn es sich  
darum handelt, wie viel Rollen eine Kompanie haben muß,  
um richtig exerzieren zu können, so können wir nicht  
darüber urteilen, sondern nur die Militärtechniker. Allerdings  
können wir Militärforderungen ablehnen aus anderen Gründen,  
etwa weil die Kosten so groß sind, daß sie das Volk nicht tragen  
kann. So lange der Kriegsminister nicht erklärt, daß die Regierung  
sich mit dem Abzug von 7006 Mann zufrieden gibt, ist es uns  
unmöglich, für die Beschlüsse der Kommission zu stimmen. Wir er-  
warten, daß die Herren, die dem Reichstag in der Kommission  
zugestimmt haben, bis zur dritten Lesung noch einmal sorgfältig  
erwägen, ob sie bei diesen Beschlüssen beharren oder nicht doch  
weiter gehen müssen. Für uns bleibt vorläufig nichts weiter übrig,  
als uns den beschriebenen Beschlüssen bis zur dritten Lesung vorzu-  
halten; aber heute in der zweiten Lesung gegen die Kommissions-  
beschlüsse zu stimmen. (Beifall rechts und bei den National-Liberalen.)

**Abg. Dr. Lieber** (L.): Die beiden Redner stehen auf dem  
Standpunkt, daß nur militärische Sachverständige ein richtiges Ur-  
teil haben, und daß nur die Regierung sagen kann, wieviel Sol-  
daten erforderlich sind. Herr von Rebeckow war wenigstens noch so  
freundlich, anzuerkennen, daß auch die Leistungsfähigkeit  
des Volkes dabei ins Gewicht fällt, Herr Dr. Sattler  
hat aber nicht einmal diese Einschränkung gemacht. (Obert,  
hört! im Centrum.) Bei ihm überwiegt die Abhängigkeit  
von sogenannten Sachverständigen-Urteilen, diese Überwägung  
ist eine Krankheit am Ende unseres Jahrhunderts. (Heiterkeit.)

Nach dem Urteil des verehrten Herrn Dr. Sattler besteht die Rolle  
des Reichstages einfach darin, den Heeres- und Marineforderungen  
der Regierung zuzustimmen. (Sehr gut! links und im Centrum.)  
Der Kriegsminister und die verbündeten Regierungen haben abgeproben,  
die Sache ist zu Ende, der Reichstag hat „Ja“ zu sagen. Ich will aber Herrn  
Sattler daran erinnern, daß er mit seinem Urteil nicht nur den  
deutschen, die auf einem anderen Standpunkte stehen, zu nahe tritt,  
sondern auch unsern hochverehrten und hochverdienten Herrn Reichs-  
präsidenten. Dieser war so bescheiden, sich nicht selbst zu nennen, als  
von einem Antrag die Rede war, der in der Kommission einen Ab-  
bruch von 2949 Köpfen bewirkte. (Hört! hört! im Centrum.)  
Ehre, wenn Ehre gebührt! (Heiterkeit im Centrum.) Dieser Antrag  
stammte von dem Abg. Bismarck, dem politischen Freunde des  
Herrn Sattler. Wie kommt Herr Dr. Sattler dazu, in seiner  
Partei solche Unschicklichkeit zu dulden? (Heiterkeit im Centrum.)  
Ich bemerke entgegen der Forderung der Heeresverwaltung nichts  
neues! Die Rolle, die der Reichstag dem Reichstag zuweist, ist  
um so klüger, wenn wir auf der anderen Seite sehen, wie die Be-  
schlüsse des Reichstages seitens der verbündeten Regierungen behandelt  
werden. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Ich werde nicht  
von denen, die noch in unfer Erinnerung sind und hinsichtlich  
derer die Hände dieses Saales noch wiederhallen von den lebhaften  
Protesten gegen die aus der Mitte dieses Hauses hier das Ver-  
halten des Reichstages gemessen Reichstagsbeschlüssen gegenüber  
laut geworden sind. Ich will bei der Sache bleiben

und fragen: Wie ist es denn mit dem einmütigen Beschlusse des Reichstages in Bezug auf die Kriegserklärung bei den verbündeten Regierungen befehligt? (Sehr gut! links und im Centrum.) Die verbündeten Regierungen distanzieren sich; der Reichstag beschließt die verbündeten Regierungen abzutreten. Durch die Ausführungen des Herrn Sattler ist die Frage, um die es hier handelt, zu einer Konstitutionsfrage gemacht worden. Wir stehen vor der Entscheidung: Sollen wir durch das künftige Reich gehen, für das von der einen und der anderen Seite die Balken schon aufgerichtet sind? Und da muß ich doch sagen: Unsere vaterländische Gesinnung wagen die Herren nicht in Zweifel zu ziehen. Sie würden sich dann auch mit den Abtrünnigen in Widerspruch setzen; aber die Herren auch, ohne es zu wollen, den vaterländischen Interessen einen recht schlechten Dienst zu erwiesen, wenn sie auf diesen Boden übertragen. (Sehr gut! links und im Centrum.)

Selten ist der grundsätzliche Gegensatz zwischen der Volkvertretung und der Herrensverwaltung mit solcher Bestimmtheit und Schärfe in die Erscheinung getreten, wie heute. Wir haben stets auf dem Standpunkt gestanden: Für die militär-technischen Angelegenheiten ist die Herrensverwaltung zuständig, für die finanziellen Folgen solcher Forderungen ist schon innerhalb der verbündeten Regierungen — und das hat weder Herr Dr. Sattler noch Herr Dr. v. Beckow mit einem Worte erwähnt — das Reichsstatthalter in weitgehendem Maße verantwortlich. (Sehr richtig! im Centrum.) Und die Reichsstatthalterverwaltung betrachtet die militär-technischen Gesichtspunkte der Reichsstatthalterverwaltung durchaus nicht als Evangelium, auf das sie schwört. Für die Frage der Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes aber, nicht nur in finanzieller, sondern auch in personeller Hinsicht, ist die Volkvertretung, der Reichstag, in erster Linie zuständig. (Sehr gut! im Centrum und links.) Diese drei Faktoren wirken durchaus vollständig neben einander, wenn es sich um die Entscheidung über solche Fragen handelt. Keine kann da den Vorschlag beanspruchen; sie müssen suchen, sich zu verständigen. Das ist das eigentliche Ziel der Kriegserklärung, wenn wir ein für allemal nach wie vor als (Reich im Centrum.) Die Forderungen der Regierung, welche sie technisch noch so begründet erscheinen, sind zu prüfen an der Leistungsfähigkeit derer, die uns hierbei geschickt haben. Herr von Beckow hält die 2½ Millionen für eine Kappalle, aber es handelt sich doch nicht um die 2½ Millionen Mark, sondern um die 7000 Köpfe, die das deutsche Volk mehr geben soll; vor allen Dingen aber kann man diese Frage, sowohl die finanzielle wie die personelle Belastung doch nicht allein für sich lediglich unter dem Gesichtspunkte der Frage der Präsenzstärke für das Heer betrachten, sondern man muß zugleich auch die künftigen Leistungen, die uns bereits zugewinkelt werden, mit in Betracht ziehen. Wenn der Kaiser will, dann genügt ein einziger Tropfen, um ihn überfallen zu lassen. (Sehr richtig! im Centrum.) In den letzten Jahren sind lediglich zu Zwecken der Landesverteidigung an außerordentlichen Mitteln verwendet worden 733 Millionen (Hört! hört! im Centrum), wenn wir nämlich die 130 275 000 Mark mit einrechnen, die wir bereit sind, für die neue Präsenzherdubung an einmütige Ausgaben zu bewilligen. Angesichts dieser Tatsache wird man sich kaum der Mühe entziehen können, das wir nicht weiter gehen können, ohne die Leistungsfähigkeit des Volkes in Frage zu stellen. Bedenken Sie auch, daß wir den Etat des Jahrespersonals von 16 178 Köpfen um 5 703 auf 21 881 erhöht haben. Nach den jetzt ablaufenden Klagen über die Pensionen, die wir von der rechten Seite des Hauses hören, war es mir heute interessant, Herrn v. Beckow über diese Pensionen mit so großer Feindschaft hinwegzusehen zu sehen. (Sehr richtig! im Centrum.) Man kann dem Kriegsmilitär nur dankbar sein, daß er ausdrücklich betont, daß da, wo es sich um die Verteilung des Vaterlandes handelt, kein Platz für parteipolitische Interessen ist. Der Kriegsmilitär weiß, daß er dieses Zeugnis auch mir und meinen politischen Freunden ausstellen darf, um nicht zu sagen, ausstellen muß. Ich hätte gern gehört, auch Herr von Beckow hätte sich enthalten, wenn auch nur bedingungsweise von Beweggründen zu sprechen, die außerhalb der Vorlage liegen. Meine Freunde haben geglaubt, daß der Zweck der Vorlage die Erhaltung und der weitere Ausbau der zweijährigen Dienstzeit ganz gut auch mit den Absichten zu vereinigen sein wird, die die Kommission schon vorliegt.

Sollte uns überzeugen und nachgewiesen werden, daß mit der Krümmung, die die Kommission uns vorschlägt, die Truppe oder die zweijährige Dienstzeit geschädigt wird, so würden wir bei späteren Anlässen durchaus bereit sein, in eine neue Erwägung darüber einzutreten, wie dem abzuwehren sei. (Unhaltende Bewegung.) Bislang ist uns dieser Nachweis nicht geliefert. Wir haben schon mehrfach ganz besondere Erfahrungen mit der Militärverwaltung gemacht. Ich erinnere an die Halbbrigade. Die waren ganz unentbehrlich für die zweijährige Dienstzeit; sie mußten eingerückt werden, um die Vollbrigade von einer Menge Dingen zu entlasten. Und was haben wir erlebt? Einige Jahre nachher trat der Kriegsmilitär vor den Reichstag und erklärte: Die Halbbrigade können wir nicht gebrauchen, wir müssen Vollbrigade haben. Es macht durchaus keinen imponierenden Eindruck, wenn solche Widersprüche seitens der allein maßgebenden militär-technischen Autoritäten zu Tage treten. (Sehr richtig! im Centrum.)

Der Kriegsmilitär sprach von einer Beschränkung der Rechte der Kommandobehörden durch die Beschlüsse der Kommission. Zunächstlich aber werden deren Rechte erweitert, denn der Reichstag hat nur bei Geldbewilligungen mitzureden, im Uebrigen aber hat das Kommando volle Freiheit, die Verpflegungsfaktoren der Grenzbrigade noch viel höher als auf 660 Köpfe festzusetzen. Die Friedenspräsenzstärke findet eine Grenze an der Leistungsfähigkeit des Volkes, und mehr als die Kommission beschließen hat, kann dem deutschen Volke nicht zugemutet werden. Man hat auch gesagt: Wenn der Reichstag die Verminderung um 7006 Köpfe vornimmt, dann muß er aufgelöst und an das Volk appelliert werden. Aber als 1893 der Abg. Frhr. von Huene einen Antrag von 12 839 Köpfen beantragte, haben die verbündeten Regierungen nicht nur mit beiden Händen nach diesem Antrag gegriffen, nein, man hat dem nach der Auflösung neu gewählten Reichstag nicht etwa die ursprüngliche Regierungsvorlage, sondern den Antrag Huene unterbreitet. (Hört! hört! im Centrum.) Damals war ein Abstrich von 12 839 Köpfen ein hochbegünstigter Vermittlungsvorschlag, heute soll ein Abstrich von 7006 Köpfen Grund zur Auflösung sein! Nun ist in der Presse gesagt, wenn jetzt das Quinquennat abläuft, dann tritt der Verfassungsausschuß in Kraft, wonach die Friedenspräsenzstärke 1 Prozent der Bevölkerung betragen muß, und man rechnet auf diese Weise eine Friedenspräsenzstärke von 517 927 Köpfen heraus. Niemals hat es aber eine thörichtere und unhaltbarere Anlegung

der Verfassung gegeben, als diese. Das springt nicht nur jedem Rechtsverständigen, sondern auch jedem, der deutsch versteht, in die Augen, wenn er diese Artikel liest. Thatsächlich haben wir ja heute einmütig die Unteroffiziere schon 67 641 Köpfe über 1 Proz. der Bevölkerung, und nach der Vorlage sind wir bereit, weitere 18 928 Köpfe zu bewilligen, das macht ein Mehr von 86 569 Köpfe über 1 Proz. der Bevölkerung hinaus. (Hört! hört! im Centrum.) Also, wenn Sie Lust haben, den Verfassungsausschuß in die Erscheinung treten zu lassen, so bitte thun Sie das. (Hellerkeit im Centrum.) Wir sind zu unserem Entschlus gekommen nach sorgfältiger Abwägung, daß man, ohne die zweijährige Dienstzeit zu gefährden, ganz gut auch mit der von der Kommission vorgeschlagenen Präsenzstärke auskommen kann; und weil wir aus sachlichen Gründen zu diesen Abstrichen gekommen sind, darum können wir keinen Einbruch auf uns machen die Entschlüsse, die wir heute gebilligt haben. Wir unterlassen halten, auch wenn wir allein stehen, an dem Beschlusse der Kommission fest und geben uns noch immer der Hoffnung hin, auch die verbündeten Regierungen und die verehrten Herren von der Rechten und die National-Liberalen, die uns heute zu unserem Bedauern verlassen wollen, werden zu der Ueberzeugung kommen, daß dem Vaterland doch besser gedient ist, wenn ein Versuch mit diesen Abstrichen gelingt, als wenn man eine Kluft heraufbeschwört, deren Ende man nicht abseht und an der wir nicht schuld sind. (Weiß! im Centrum und links.)

Abg. v. Kardorff (Sp.): Es ist meinen Freunden nicht leicht gewesen, angesichts des Mangel an dem Lande eine wohlwollende Stellung der Vorlage gegenüber einzunehmen. Wir werden aber aus sachlichen Gründen für die Regierungsvorlage und gegen die Kommissionsvorlage stimmen, ohne uns die Motive des Herrn Dr. Sattler anzueignen. Unsere definitive Stellung in der dritten Lesung behalten wir uns vor, je nachdem die Erklärung der Regierung ausfällt. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die dritte Lesung die Differenzen beseitigt werden können. Dies könnte vielleicht auch durch Einschränkung der Kommandierungen u. s. w. geschehen. (Weiß! rechts.)

Abg. Kaufmann-Göring (Deutsche Sp.): Unsere Bedenken sind noch nicht beseitigt worden. Selbst die Drohung mit einer Reichstagsauflösung kann uns in unserer Ueberzeugung nicht wandern lassen, sondern uns höchstens veranlassen, unsere guten Gründe noch einmal neu zu prüfen zu lassen. Eine Erhöhung der Truppe ohne ein gleichzeitiges Anheben der Mittel und die Armen. Die obere Schicht und der Adel haben wenigstens die Gegenleistung, daß ihre Söhne in der Armee Offiziersstellen bekommen können, Herr von Beckow hat schon mit Recht auf die Interessen der Landwirthe hingewiesen. Dies Argument verdient jedoch noch weit mehr Beachtung. Mit jedem Tausend neuer Soldaten wird der Jung zur Stadt vertrieben. Wir haben aber auch noch andere Bedenken. Mit jeder Heranzunahme vermehren wir auch die Macht dessen, was man Militäristen nennt. (Redner zieht hierauf einzelne Fälle von Soldatenunthunungen an, wird jedoch vom Vizepräsidenten von der Rede darauf aufmerksam gemacht, daß solche Beispiele nicht nur beim Adel, Gehalt des Kriegsmilitärs betraffend seien.) All den Schattenseiten, die die Verrechnung der Truppe herbeiführt, steht als Lichtseite nur die Beförderung des Abwärtens gegenüber.

Wir müssen verlangen, daß die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festgelegt ist. Die Haltung des Kriegsmilitärs hat uns gewundert, wir haben den Eindruck, daß der Kriegsmilitär nur als Sprachrohr einer bekannten Stelle sich präsentiert hat, weil er sich auf dem Bundesrat zurückzieht. Das Wort ist wohl es jedoch nicht so sehr pro nationis voluntas wird sich das Volk und die Unteroffiziere. Persönliche Befürchtungen haben sich bis auf die dritte Lesung zurückgezogen. Es sollte mich wundern, daß die National-Liberalen wirklich sich in den Dienst einer Politik stellen, die nicht dem Konflikt auszuweichen, sondern ihn zu suchen scheint. Was wird das Volk sagen, wenn ihm, nach solchen Konzeptionen des Centrums, nach der Gewährung von 17 000 Mann wieder der Wahlkampf aufzuheben wird. In der Thronrede ist auch auf den Jarmenah hingewiesen, und jetzt diese Vorlage! Welche Mißverständnisse! Wie wollen die Volkstheorien schon damit das Volk im Fall der Reich nicht ausgruppieren wie eine Citrone. Deshalb stimmen wir gegen die Vorlage.

Abg. Langinger (Bair. Bauernb.) erklärt, daß seine Freunde gegen die Vorlage seien.

Abg. Smalax (Litthauer) verliest mit Genehmigung des Präsidenten, da er der deutschen Sprache nicht mächtig ist, eine kurze Rede, in der er erklärt, daß er für die Vorlage eintreten werde, da die Litthauer gute Patrioten seien. Man solle aber von der Vorlage keine Meinungen und keinen Meinungen streichen. (Weiß!)

Abg. Richter (Freil. Sp.): Der Stimmung des Hauses werde auch ich Rechnung tragen. Nachdem der § 1 angenommen ist, bedürfte ich mich, da ja noch eine dritte Lesung bevorsteht, auf ein paar kurze Bemerkungen. Der Kriegsmilitär hat von der Wehrhaftigkeit des Vaterlandes gesprochen. Ich wollte, er hätte dieses hohe Wort nicht gesprochen. Es handelt sich doch nur um einen Abstrich von 7006 Mann. Ich hätte gewünscht, daß man heute es unterlassen hätte, auf das Ausland zu verweisen. Denken Sie doch nur daran, wie das französische Parlament sich zu dem Dreifach-Scandal verhalten hat. Das Verhalten des französischen Parlaments zu der Truppe kann für uns doch nicht vorbildlich sein. Kein Mensch von uns denkt daran, sich in die inneren Verhältnisse der Truppe zu mischen, keiner will die Stärke der Bataillone festsetzen, es handelt sich doch für uns nur um die Festlegung der Präsenzstärke. Der Abg. Sattler will warten, ob die Regierung in der dritten Lesung ja sagt. Aber diese Konstruktivität der Verantwortlichkeit begründet doch den Reichstag zum Echo der Regierung, welche Regierung ja, dann sagt auch der Reichstag ja. (Sehr gut! links.) Regierung nein, dann sagt auch der Reichstag nein. (Sehr gut! links.) Nun sagt man, hier können nur militärische Sachverständige sagen? Was sagt denn der Reichstagler und der Reichstagspräsident dazu? Wenn diese Theorie richtig wäre, könnten doch in Schulfragen nur Lehrer, in Rechtsfragen nur Juristen mitreden. Die Regierung selbst hat diese Theorie nie befolgt, sie hätte sie sonst Herrn von Beckow zum Kolonialdirektor und Herrn von Bodelschwingh zum Staatssekretär des Reichspräsidiums machen können. (Große Heiterkeit.) Die Ansicherungen der Militärtruppe ändern sich fortwährend. Denken Sie nur an die Veränderungen in der Frage der dritten Bataillone, da muß man doch wirklich sagen, hier gilt der Spruch: Nur der Wechsel ist beständig! Bei jedem Bataillon werden 57 Mann des weiteren Jahrganges zu ökonomischen Zwecken abkommandiert, das hat doch eine weit größere Bedeutung als der Abstrich, den die Kommission machen will. Die Grenzbrigade können aus den anderen Bataillonen aus unseren

Grenzen kann man doch nicht im Ernst davon sprechen, daß unsere Grenzen gefährdet seien. So lange die reisenden Sägen in Frage standen, hat man die russischen Kosakenwärme an die Hand geworfen. Nachdem die reisenden Sägen bewilligt waren, warf sich die Schiedsrichterpole auf einmal auf die Infanterie. Zwischen der Haltung des Kriegsmilitärs vom Mittwoch und von heute besteht ein großer Unterschied. Am Mittwoch war der Kriegsmilitär noch herzensfroh, daß er die Vorlage so weit unter Dach und Fach gebracht hatte. Für die heutige Kommissionsabstimmung hatte uns der Kriegsmilitär eingehende Berechnungen in Aussicht gestellt, heute Morgen war aber kein Kommissar des Kriegsmilitärs da, sondern nur Zivilkommissare. (Hört! hört!) Der Kriegsmilitär selbst hat um Vertagung. Wir stehen hier vor einer neuen bekannten Möglichkeit, wie wir sie in letzter Zeit nicht selten erlebt haben. Wenn wir alles thun müssen, was die Militärverwaltung will, dann ist der Militärabstrichismus für und fertig, dann ist der Reichstag nur noch eine Geldverleihungsmaschine. (Sehr richtig!) Aber dann müßten die Herren vom Militär auch die Steuern ausdehnen. Am 7006 Mann soll jetzt ein Konflikt entstehen. Da lehnte es sich doch 1893 gegen. Damals waren es doch wenigstens 70 000 Mann, jetzt aber sind es nur 10 Prozent dieser Summe. Wenn es wirklich zur Auflösung kommen sollte, dann wird sich doch jeder sagen, dies geschieht nicht wegen der 7006 Mann, sondern aus ganz anderen Gründen. Man wünscht eine Justizabstimmung zusammenzulegen, man will dem Reichstag eine Justizabstimmung bringen, man will das Wahlrecht verändern. Ich bin sehr davon überzeugt, daß wird in der Bevölkerung der allgemeine Eindruck sein. Wenn es zur Auflösung kommt, dann wird der Wahlkampf sehr bald über die Frage der 7006 Mann hinausgehen, dann wird es sich nur darum handeln, ob ein antikonstitutionelles Vergehen gefordert oder herbeigeführt werden soll, oder ob wir einen selbständigen Parlamentarismus in den bisherigen Grenzen behalten wollen. (Lobhafter Beifall links.)

Abg. Frese (Freil. Sp.) verliest eine kurze Erklärung: Wir werden in dieser Lesung für die Regierungsvorlage stimmen und wenn diese fällt, um nicht einer Gesamtentziehung Hilfe zu leisten, für den Antrag der Kommission. Für die dritte Lesung behalten wir uns unsere definitive Stellung vor.

Reichstagskammerpräsident zu Hohenthal: Der Abg. Kaufmann hat von einer Auslösung an maßgebender Stelle gesprochen und hat ihr eine bestimmte Tendenz untergelegt. Ich weiß diese Behauptung mit aller Entschiedenheit und Entschiedenheit zurück, ebenso wie ich die Behauptung zurückweise, daß es sich um persönliche Befürchtungen handle. Die maßgebende Stelle, um die es sich hier handelt, wird geleitet von der Sorge um die Sicherheit des Reiches. Sie ist sich dieser Verantwortlichkeit und Sorge vollkommen bewußt. Im Uebrigen kann ich dem Abg. Kaufmann bei seinen zahlreichen Gemeinplätzen nur empfehlen, sich die Behauptungen des Abg. Langinger zum Wasser zu nehmen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Bebel (Soz.) erklärt, daß seine Freunde gegen die Regierungsvorlage und gegen die Kommissionsvorlage stimmen werden. Kriegsmilitär v. Goltz (Sehr schon verständlich) bemerkt, daß er allerdings nicht erwartet habe, daß die Abgeordneten Bebel und Richter für die Vorlage stimmen. Der Abg. Richter habe heute von seinem Verhalten in der Kommission ein ganz falsches Bild gegeben. Er habe kein Wort gesagt, sondern sich nur darüber über die Kommissionsbeschlüsse ausgesprochen, indem sich nur darüber geäußert, daß Fortschritte gemacht seien. Allerdings seien diese Fortschritte ohne Zustimmung des Abg. Kaufmann zu Stande gekommen, denn der habe ja noch stets bei Willkürerklärungen mit Nein gestimmt.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Natl.): Ich will mir die kurze des Abg. Langinger zum Wasser nehmen. (Weiß! und links.) Die Beschlüsse der Kommission sind für meine Freunde unannehmbar, denn meine Freunde können für die Abstriche keine sachlichen Gründe anerkennen, sondern meinen, daß die Gründe durchaus willkürlich sind. Auch wir wünschen, daß die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festgelegt wird, haben jedoch keinen Antrag gestellt, weil wir uns nicht den Vorwurf des Hochverrats an Popularität ausheben wollen. (Loben links.) Wir werden auch in der dritten Lesung nur für die Regierungsvorlage stimmen und jede Aenderung ablehnen.

Hiermit schließt die Diskussion. Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abg. Dr. Sattler, Kaufmann und Richter folgt die namentliche Abstimmung über die Präsenzstärke.

Diese Abstimmung ergibt die Ablehnung des § 2 in der Mehrheitsabstimmung mit 209 gegen 141 Stimmen. Dafür stimmen die beiden konservativen Parteien, die National-Liberalen, die Katholiken und die freisinnige Vereinigung mit einzelnen Ausnahmen.

Hierauf wird § 2 auch in der Sitzung der Kommission gegen die Stimmen des Centrums, der Polen, der Weissen und der freisinnigen Vereinigung abgelehnt.

Präsident Graf v. Helldorf: Es ist alle anzunehmen, daß der ganze § 2 abgelehnt ist. — Damit ist das Hand an einvernehmlich geschlossen.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Graf von (L.) beschließt das Haus auf Vertagung der Abg. Dr. Lieber, dem sich Abg. Dr. Sattler anschließt, über die weiteren Paragraphen des Artikels I keine Debatte mehr zu eröffnen.

Artikel II lautet: Für die Zeit vom 1. April 1899 bis zum 31. März 1904 soll bezüglich der Dienstpflicht Folgendes:

Die Bestimmungen der §§ 1, 2 und 4 des Artikels II des Gesetzes, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, vom 3. August 1893 bleiben in Kraft.

Artikel III hat folgenden Wortlaut: Gegenwärtiges Gesetz kommt in Bairen nach näherer Bestimmung des Bundesvertrages vom 23. November 1870 unter III § 5, in Württemberg nach näherer Bestimmung der Militärkonvention vom 21./25. November 1870 zur Anwendung.

Artikel II wird, nachdem Abg. Richter seinen Antrag auf gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit zurückgezogen hat, debattelos genehmigt, ebenso Artikel III sowie die Vorlage betreffend den Reichsmilitärgesetz.

Damit ist die zweite Lesung der Militärvorlage erledigt. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Zweite Lesung kleiner Etatreste und dritte Lesung der Militärvorlage.) Schluß 6 Uhr.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Otto Neuf in Karlsruhe.

**Pfänder-Versteigerung.**  
Vom 12. bis 17. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr anfangend, versteigern wir die über 8 Monate verfallenen Jahrempfänder bis zu Lit. 2 Nr. 6000 gegen Baarszahlung und zwar: Wollstoffe, Gold- und Silbergegenstände, Uhren, etc. etc.  
Donnerstag: Betten, Schuhe, Stiefel, etc.  
Freitag: Schmuck, Silber, Uhren, etc.  
Karlsruhe, 11. März 1899. 1424.0.4  
Stadt. Spar- und Pfandleihkasse-Verwaltung.

Deutsche Bahnmeisterschule in Arnstadt  
Lehrer: S. Sem. Straß, Reifeprüf. Staßmann, Sem.-Anf. Nov. u. Mai  
Director Rühl.

Das Bureau von  
**Dr. Carl Haga,**  
Friedrichstraße 58, Basel, Telephon 2099,  
belegt u. a. als Spezialität den  
**An- und Verkauf von Liegenschaften**  
und die  
**Beschaffung von Hypotheken u. Commanditecapital.**  
Sprechstunden: 9 bis 11 Uhr vormittags.

**Corolla**  
Feine Sumatra-Pfeife, 100 Stück Mark 5.70. 68.50.44  
Gustav Schneider, Cigarrenversand, Karlsruhe.

Druck und Verlag von Otto Neuf, Friedrichstraße Nr. 9 in Karlsruhe.

Ueberzeugen Sie sich, dass meine  
**Deutschland-Fahrräder**  
u. Zubehörteile  
die besten und dabei  
die allerbilligsten sind.  
Weser-Fahrräder wermt.  
Haupt-Katalog gratis & franco.  
August Stukenbrok, Einbeck  
Deutschlands größtes  
Special-Fahrrad-Versand-Haus.

664.72.16  
**Großartigen Erfolgs**  
erzielt man mit Sebers  
1248.10.8  
**Pflanzenzünger "Vasanta"**  
aus entzückten Pflanzlingen. Das beste  
u. rationelle Düngemittel für alle  
Gartenpflanzen u. Gartenkulturen. In  
Büchsen à 70, 40, 25 u. 15 Pf. bei  
H. H. H. Droge, Herrenstr. 35, W. Goltz,  
Beim, Luitpr. 8 u. H. Gornitz,  
Blumenb., Kaiserstr. 216.

**Pension.**  
Familie ohne Kinder in Bielefeld  
am 1. April 1899 als Pensionäre zwei  
Kinder von 12-16 Jahren zum  
lernen des Französischen, gute Schule,  
familiäres Leben, Pensionenpreis Fr. 750.—  
per Jahr. Auskunft erteilt  
**Mr. Louis Ulrich, Forst,**  
Kanton Neuenburg (Schweiz).  
Referenzen: Herr Karl Poppe,  
Revisor, Luitpr. 78 u. H. H. H. H.  
1218.6.4

Sie wünschen, gewandt im Verkehr  
mit Ihrem Publikum, ist in einem  
feinen Laden Stelle als  
**Volontärin.**  
Einstritt jederzeit. Anrechnung unter  
Chiffre F. K. 4106 an Rudolf Mosse,  
Karlsruhe, erbeten. 1872.4.4